

wille breiter Volksschichten in vielen Ländern gegenüber der atomaren Aufrüstungspolitik der führenden imperialistischen Kreise und der damit verbundenen Verschlechterung der sozialen Lage der Werktätigen, gegenüber der Unterdrückungspolitik der imperialistischen Monopole und der ihre Interessen verkörpernden und durchsetzenden imperialistischen Staaten, vor allem gegenüber den USA. Daraus erklärt sich aber auch die zunehmende Sympathie, die die Völker der Welt dem realen Sozialismus, der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, entgegenbringen.

Der sozialistische Staat ist als Macht- und Massenorganisation der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, als deren Hauptinstrument zur sozialistischen Gesellschaftsgestaltung der entscheidende politische Organisator der Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Massen durch gemeinsame, ihrem eigenen Wohle dienende, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Arbeit. Er sichert zugleich den zuverlässigen Schutz ihrer gemeinsamen Interessen. In seinem Handeln und seiner Funktionsweise wird er von den Interessen und Zielen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen geprägt.

Angesichts der menscheitsgefährdenden Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise des USA-Imperialismus und der NATO, die im blinden Haß auf den Sozialismus und jeden sozialen Fortschritt, in panischer Angst um die Existenz der eigenen Herrschaft die Existenz der ganzen Menschheit aufs Spiel zu setzen bereit sind, und angesichts der angehäuften nuklearen und anderen Massenvernichtungsmittel wächst die Verantwortung aller Völker und Staaten für die Sicherung des Friedens auf dramatische Weise. Dabei nehmen die sozialistischen Staaten ihren Teil an Verantwortung durch ihre Außenpolitik des Friedens und der Verständigung mit großer Energie, Verständigungsbereitschaft und allem gebotenen Ernst wahr. Sie berücksichtigen in ihrer Friedenspolitik die veränderten internationalen Bedingungen, die neue Situation des Nuklearzeitalters. Bereits in der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Januar 1983 wurde hervorgehoben, daß es in einem nuklearen Weltkrieg keine Sieger und Besiegten mehr geben könnte, daß nur noch die Alternative zwischen gemeinsamem Überleben oder gemeinsamem Untergang besteht.¹ Auch ein sozialer Fortschritt ist nur noch bei Sicherung des Weltfriedens möglich.

Als wichtiger Aspekt des Kampfes der beiden Weltsysteme und ihrer jeweiligen inneren Entwicklung, als Frage nach der Zukunft der Menschheit steht der gesellschaftliche Fortschritt in direkter Beziehung zur Staatsfrage. Eine an

1 Vgl. auch XI. Parteitag der SED. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatter: E. Honecker, Berlin 1986, S. 9ff.; Die Bedeutung des Parteiprogramms für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, Berlin 1986, S. 26ff. (Thematische Information und Dokumentation, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Reihe B, H. 55).